



Bundesministerium  
des Innern

POSTANSCHRIFT

Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Herrn

[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL

[REDACTED]

FAX

+49(0)30 18 681-55038

BEARBEITET VON

[REDACTED]

E-MAIL

Z14@bmi.bund.de

INTERNET

www.bmi.bund.de

DIENSTSITZ

Berlin

DATUM

23. April 2014

AZ

Z14-13002/4#397

BETREFF

**Informationsfreiheitsgesetz**

HIER

Zwischennachricht

BEZUG

Ihr Schreiben per E-Mail vom 17. März 2014

Sehr geehrter Herr [REDACTED],

mit o. g. Schreiben beantragten Sie auf der Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG), Ihnen alle dem Bundesministerium des Innern vorliegenden Informationen und Dokumente im Zusammenhang mit dem Ersten Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Bundeshaushaltsordnung zuzusenden bzw. zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig baten Sie, über einen ggf. gebührenpflichtigen Informationszugang vorab informiert zu werden.

Der Sachstand des IFG-Verfahrens stellt sich wie folgt dar:

Für die Sichtung und Prüfung des Vorgangs wurde bisher ein Zeitaufwand von insg. 3,5 Stunden höherer Dienst benötigt. Für eine Stunde Tätigkeit eines Mitarbeiters des höheren Dienstes werden 60 Euro veranschlagt, so dass für den Fall einer Entscheidung durch Bescheid bisher Gebühren von insgesamt 210 Euro erhoben würden.

Vor der Übermittlung der begehrten Informationen sind ggf. noch Drittbeteiligungsverfahren durchzuführen. Des Weiteren sind einzelne Unterlagen, zu denen aufgrund bestehender Ausnahmegründe kein Zugangsanspruch besteht, auszusondern bzw. zu schwärzen. Für die Gewährung des beantragten Informationszugangs wird daher noch weiterer Verwaltungsaufwand entstehen.

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT

Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG

S-Bahnhof Bellevue; U-Bahnhof Turmstraße

Bushaltestelle Kleiner Tiergarten



Zur Beschleunigung des Verfahrens und zur Vermeidung weiteren Verwaltungsaufwands durch ein eventuelles Drittbeteiligungsverfahren bitte ich mir mitzuteilen, ob Sie sich mit der Schwärzung von Daten Dritter, deren personenbezogene Daten in den Unterlagen enthalten sind, einverstanden sind.

Im Übrigen weise ich darauf hin, dass der von Ihrem Antrag betroffene Vorgang (Papierakte) einen Umfang von ca. 1000 Seiten umfasst, so dass für die Übersendung der erbetenen Unterlagen Auslagen i.H.v. ca. 100 Euro für die insoweit anzufertigenden Kopien anfallen werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

